

**abgeschlossen am
29. Oktober 2008**

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet Rettungspaket für angeschlagenen Finanzsektor	1
2. Congress debattiert zweites Konjunkturförderprogramm	3
3. Repräsentantenhaus befürwortet weitere Verlängerung von Arbeitslosenhilfe	4
4. Überbrückungshaushalt verabschiedet	5
5. Verteidigungsbewilligung 2009 erreicht Rekordhöhe	6
6. Nuklearkooperation mit Indien beschlossen	8
7. Repräsentantenhaus für Lockerung des Waffengesetzes im <i>District of Columbia</i>	9
8. Wahlen 2008: Entscheidung unter den Vorzeichen der Finanzmarktkrise	10

1. Congress verabschiedet Rettungspaket für angeschlagenen Finanzsektor

Der Congress hat Anfang Oktober 2008 in Zusammenarbeit mit der Bush-Administration ein umfangreiches Rettungs- und Sanierungsgesetz für den schwer angeschlagenen US-Finanzsektor verabschiedet.

Die Aushandlung eines Stabilisierungsplans für die durch einen dramatischen Vertrauenseinbruch nahezu zum Stillstand gekommenen Finanz- und Kreditmärkte erwies sich ungeachtet der krisenhaften Zuspitzung der Entwicklungen zunächst als überraschend schwierig.

Das Repräsentantenhaus lehnte im ersten Anlauf den zwischen den Spitzen der Parteien beider Kammern und Finanzminister Henry M. Paulson, Jr. ausgehandelten Gesetzgebungskompromiss zunächst ab.

Für die Gesetzesvorlage stimmten nur 205 Abgeordnete, darunter 140 Demokraten und 65 Republikaner, dagegen jedoch 228 Abgeordnete, 95 Demokraten und 133 Republikaner.

Die Kritiker aus den Reihen beider Parteien bemängelten vor allem, dass das Gesetz bei einem Gesamtvolumen von 200 Mrd. USD für den Ankauf nicht näher bestimmter Kapitalmarktwerte dem Finanzminister präzedenzlose Freiräume zugestehe.

Von demokratischer Seite wurde zudem eingewandt, dass als äußerst dringlich erachtete Maßnahmen zur Refinanzierung von Hausdarlehen vollkommen ausgeklammert blieben. Ohne eine solche Komponente, so das Argument, sei eine erfolgreiche Krisenbewältigung kaum zu bewerkstelligen.

Insbesondere konservative Republikaner betonten demgegenüber, ein *Bailout* für reiche Banker und Finanziere, die sich verspekuliert haben, sei dem Steuerzahler nicht zuzumuten und behindere mittel- bis langfristig sogar die Marktstabilisierung.

Während sich die Parteiführungen von Demokraten und Republikanern wechselseitig die Schuld für das Scheitern zuwiesen, zeigt das Abstimmungsergebnis deutlich, dass die republikanische Fraktionsspitze um John Boehner (Ohio) ungeachtet der aktiven Unterstützung von Präsident George W. Bush nicht in der Lage war, die zugesagten 70 bis 80 Jastimmen zu mobilisieren.

Ein eilig ausgehandelter zweiter Kompromissvorschlag kam der breiten Kritik zumindest in Ansätzen entgegen und versüßte die bittere Pille mit einer Reihe populärer (temporärer) Steuervergünstigungen.

Im Kern sieht das Gesetz vor, dass

- dem Finanzministerium Mittel in Höhe von bis zu 700 Mrd. USD zur Verfügung gestellt werden, die zum Aufkauf von Kapitalpapieren mit dem Ziel der Sicherung der Liquidität des Finanzsektors zu verwenden sind.

Während der ursprüngliche Vorschlag Paulsons darauf zielte, sich auf die in Verruf geratenen Finanzwerte zu konzentrieren, die durch die Bündelung von Hausdarlehen in komplizierten Risikopaketen den Immobilienboom in den USA ermöglicht hatten, erweitert das Gesetz den Handlungsspielraum des Finanzministers nun erheblich. Der kann fortan auch unmittelbare Kapitalbeteiligungen an Banken und Versicherung sowie gegebenenfalls den direkten Aufkauf von Darlehen und Immobilien vornehmen.

Im Gegenzug wird festgelegt, dass begünstigte Unternehmen den Staat beispielsweise durch die Zuteilung von Aktienoptionen für sein Engagement kompensieren und damit im Erfolgsfall eine Gewinnbeteiligung für den Steuerzahler zu sichern.

Zudem werden die Finanzmittel nur schrittweise und unter Berichtsaufgaben freigegeben und die Ausgaben unter die Aufsicht neu einzurichtender Kontrollgremien der Administration wie des Congress gestellt.

Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass das Finanzministerium einen Versicherungsfonds für Darlehenspapiere einrichtet, der durch Gebühren auf Vertragsabschlüsse und Transaktionen finanziert werden soll.

Flankierend werden schließlich die staatlichen Garantien für Bankeinlagen bis 2009 von 100.000 USD auf 250.000 USD angehoben. Zu den beschlossenen Steuervergünstigungen in einem Umfang von ca. 100 Mrd. USD (2009) gehören unter anderem die erneute zeitlich befristete Aussetzung der *Alternative Minimum Tax* (ATM, Mindestbesteuerung) für mittlere Einkommensgruppen sowie Steueranreize für Investitionen.

Für Finanzunternehmen, die staatliche Hilfen erhalten, wird allerdings die steuerliche Anrechnung der Vergütung ihres Führungspersonals drastisch eingeschränkt, um so die vor dem Hintergrund der Krise vielfach als skandalös empfundenen Millionenghälter und Bonuszahlungen zu kürzen.

Dem revidierten Gesetzesentwurf stimmte der Senat mit 74 gegen 25 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 263 gegen 171 Stimmen zu.

Präsident Bush unterzeichnete das Gesetz nur knapp zwei Stunden nach der Verabschiedung, um so die Dringlichkeit der Krise und die Handlungsbereitschaft des Bundes herauszustreichen.

Der nach dem Paukenschlag der Ablehnung durch das Repräsentantenhaus mit großer Erleichterung aufgenommenen Verabschiedung durch den Congress folgte allerdings eine schnelle Ernüchterung mit Blick auf die Entwicklung der Finanzmärkte.

Erst die demonstrative Ausweitung der Rettungs- und Sanierungsmaßnahmen durch das Finanzministerium auf konkrete Beteiligungspläne an angeschlagenen Banken und Versicherungsunternehmen führte in Kombination mit der internationalen Abstimmung der Krisenbekämpfung zu einer – zumindest vorläufigen – Beruhigung an den US-Finanzmärkten.

Wenngleich Finanzminister Paulson die unverzügliche Umsetzung des Stabilisierungsgesetzes eingeleitet hat, wird die Umsetzung der Programme faktisch der neu zu wählenden Administration obliegen.

2. Congress debattiert zweites Konjunkturförderprogramm

Die Demokraten im Congress haben unter Federführung von *Speaker* Nanci Pelosi (California) im September 2008 die Debatte um ein erneutes Konjunkturförderprogramm angestoßen.

Der Congress hat bereits im Februar diesen Jahres in Zusammenarbeit mit der Bush-Administration ein Konjunkturprogramm mit einem Gesamtvolumen von knapp 117 Mrd. USD ausgearbeitet (vgl. CR 2-3/2008, S. 1).

Aufgrund der heftigen zwischenparteilichen Auseinandersetzungen um den Zuschnitt des Programms beschränkten sich die beschlossenen Maßnahmen jedoch auf eine Reihe von temporären Steuervergünstigungen, die der lahrenden Wirtschaft eine schnelle Finanzspritze geben sollten.

Zentrale Forderungen der demokratischen Fraktionen, vom Infrastrukturausbau bis zu einer Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeldzahlungen (siehe Punkt 3), ließen sich dagegen gegen republikanische Widerstände nicht durchsetzen.

Angesichts der sich zusehends verschlechternden Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte drängen die Demokraten nun verstärkt auf eine Umsetzung ihrer Vorschläge.

Ende September verabschiedete das Repräsentantenhaus ein „kleines“ Konjunkturpaket mit einem Ausgabenvolumen von ca. 61 Mrd. USD mit 264 gegen 158 Stimmen, gegen das Präsident Bush allerdings umgehend ein Veto androhte.

Die konservativen Republikaner im Senat blockierten die Beratung eines parallelen Gesetzentwurfes, der Ausgaben von ca. 57 Mrd. USD vorsah, und schienen damit zunächst die Verabschiedung eines Konjunkturprogramms in der laufenden Legislaturperiode verhindert zu haben.

Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Entwicklungen an den Finanzmärkten infolge der anhaltenden Immobilien- und Darlehenskrise (siehe Punkt 1) sahen sich die

Demokraten aber politisch ermutigt.

Rückenwind erhielt die demokratische Initiative überraschend von Notenbankchef Ben S. Bernanke, der in einer Anhörung vor dem Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses Mitte Oktober 2008 erklärte, staatliche Fördermaßnahmen seien mit Blick auf die gegenwärtige Konjunkturlage durchaus angezeigt.

Die demokratische Führung um Pelosi im Repräsentantenhaus will nun ein umfangreicheres Förderprogramm mit einem Volumen von 300 Mrd. USD ausarbeiten, dessen Kernkomponenten die Zuschussung von kommunalen und einzelstaatlichen Infrastrukturprojekten sowie finanzielle Beihilfe für die in Bedrängnis geratenen Haushalte der Einzelstaaten sind.

Nachdem die Republikaner ein zweites Konjunkturprogramm zunächst als politisches Manöver abgelehnt hatten, konterte der Oppositionsführer im Repräsentantenhaus, John A. Boehner (Ohio), mit dem Vorschlag neuerlicher Steuersenkungen, insbesondere mit dem Ziel der Erhöhung von Kinderfreibeträgen sowie der Aussetzung der Kapitalertragssteuer für zwei Jahre.

Auch Präsident George W. Bush hat die kategorische Ablehnung eines zweiten Konjunkturprogramms relativiert, ohne allerdings die Vorstellungen der Administration zu konkretisieren.

Unklar blieb bisher, ob der Congress das Thema in einer Sondersitzung unmittelbar nach den Wahlen oder aber erst im kommenden Jahr mit Beginn der neuen Legislaturperiode behandeln wird.

3. Repräsentantenhaus befürwortet weitere Verlängerung von Arbeitslosenhilfe

Das Repräsentantenhaus hat Anfang Oktober 2008 eine Gesetzesvorlage angenommen, die eine erneute Verlängerung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeldzahlungen in Aussicht stellt.

Bereits im Juni 2008 (vgl. CR 6/2008, S. 5) hatte der Congress eine deutliche Verlängerung der maximalen Bezugsdauer beschlossen.

Die aktuelle Vorlage sieht nun vor, dass

- die maximale Bezugsdauer generell um weitere sieben Wochen erhöht werden soll und
- in Einzelstaaten mit einer Arbeitslosenquote von über sechs Prozent die Bezugsdauer sogar um 13 Wochen verlängert wird.

Schätzungsweise 800.000 US-Bürger sind von einem Auslaufen ihrer Arbeitslosenunterstützung bedroht; die Gesamtkosten der Initiative werden auf sechs Mrd. USD veranschlagt.

In der Abstimmung unmittelbar nach der Verabschiedung des 700 Mrd. USD schweren Rettungspaktes für die Finanzmärkte (siehe Punkt 1) gaben die Republikaner jegliche Widerstände gegen die von ihnen grundsätzlich skeptisch betrachtete Verlängerung auf.

Für die Annahme des Gesetzes stimmten 368 Abgeordnete, dagegen nur 28.

Eine Annahme der Gesetzesvorlage durch den Senat steht noch aus und ist mehr als ungewiss.

Die Demokraten könnten zum einen versuchen, die Gesetzesvorlage in einer Sondersitzung nach den Novemberwahlen (siehe Punkt 8) zur Verabschiedung zu bringen, müssten aber in diesem Fall mit einem republikanischen *Filibuster*, der Verhinderung einer Abstimmung durch Verweigerung der Beendigung der Debatte, oder einem Veto des Präsidenten rechnen.

Zum anderen könnten die Demokraten ihre Forderung in das geplante Konjunkturförderprogramm integrieren (siehe Punkt 2), dessen Aussichten allerdings ebenfalls schwierig bleiben.

4. Überbrückungshaushalt verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben sich Ende September 2008 auf einen Überbrückungshaushalt für das neue Haushaltsjahr 2009 geeinigt, nachdem es zuvor nicht gelungen war, den jährlichen Haushaltsbewilligungsprozess bis zum rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres, dem 1. Oktober 2008, ordnungsgemäß abzuschließen. Die sogenannte *Continuing Resolution* schreibt die Arbeit der amerikanischen Bundesregierung zunächst bis zum 6. März 2009 auf der Höhe des Vorjahres für jene Einzelbewilligungsgesetze fort, über die bis Ende September keine Entscheidung getroffen werden konnte.

Insgesamt hat der 110. Congress in seiner zweiten Sitzungsperiode lediglich drei von insgesamt zwölf erforderlichen Einzelbewilligungen (nämlich die für *Defense*, *Homeland Security* und *Military Construction/Veterans Affairs*) verabschiedet, bevor er sich im Oktober mit Blick auf die bevorstehende Endphase des Wahlkampfes und die Wahlen am 4. November vertagt hat.

Präsident Bush hat die *Continuing Resolution* am 30. September 2008 mit seiner Unterschrift versehen (*Public Law 110-329*), um eine reibungslose Fortschreibung der Arbeit der Bundesregierung sicherzustellen.

Damit wird die faktische Entscheidung über die Höhe wesentlicher Teile des Bundeshaushalts in den Bereichen

- *Agriculture, Commerce, Justice and Science, Energy and Water, Financial Services, Interior and the Environment, Labor and Education, Legislative Branch, State and Foreign Operations, Transportation* sowie *Housing and Urban Development*

in die Hände des 111. Congress gelegt, der dann allerdings nur sehr wenig Zeit hat, um eine abschließende Entscheidung über die noch erforderlichen neun Einzelbewilligungen für das Haushaltsjahr 2009 zu treffen.

Anderenfalls müsste sich der Congress des Instruments der Sammelbewilligung (*Om-nibus Budget Reconciliation*) bedienen, was wiederum von der Opposition als Beleg für ein politisches Versagen bewertet werden dürfte.

Wie schwierig sich der Haushaltsbewilligungsprozess im Wahljahr 2008 gestaltet hat, in dem auf Bundesebene am 4. November nicht nur der Präsident, sondern auch 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses und 35 Senatsmitglieder gewählt werden, wird auch daran deutlich, dass im Congress nur über eines der zwölf erforderlichen Bewilligungsgesetze jenseits der Ebene der Unterausschüsse (*Appropriations Subcommittees*) beraten wurde, nämlich über *Military Construction/Veterans Affairs*.

Der Republikaner Jeff Flake (Arizona) kritisierte im Zusammenhang mit der Bewilligungsentscheidung für den Verteidigungshaushalt eine Flut sogenannter *Defense Earmarks*, über die vom Congress schlussendlich nur *in toto* entschieden wurde. „Es ist nicht richtig“, so Flake, „wenn wir in einem Durchgang im Repräsentantenhaus über 1.200 und im Senat über 800 *Earmarks* entscheiden.“ Diese *Earmarks* werden größtenteils von den einzelnen Mitgliedern des Congress dazu benutzt, um Lieblingsprojekte in ihren Wahldistrikten zu finanzieren, mit denen in der Regel ein rein partikulares Interesse verbunden ist.

Nach Berechnungen der *Taxpayers for Common Sense* enthielt die Verteidigungsbewilligung 2009 (vgl. auch Punkt 5) in diesem Jahr über 2.000 *Earmarks* mit einem Gesamtumfang von etwa 4,9 Mrd. USD. *Oversight, Transparency* und *Accountability*, so Kritiker des Bewilligungsprozesses, sind im Wahljahr 2008 im Bereich der Bewilligungsentscheidung für den Verteidigungshaushalt größtenteils auf der Strecke geblieben.

5. Verteidigungsbewilligung 2009 erreicht Rekordhöhe

Im Rahmen seiner Überbrückungsentscheidung für einzelne Teile des Haushalts 2009 (vgl. Punkt 4) hat der Congress Ende September 2008 auch eine Bewilligungsentscheidung für den Verteidigungshaushalt getroffen. Sie hat

- einen Gesamtumfang von 475 Mrd. USD. Rechnet man die erforderlichen Ergänzungsbeilligungen für die laufenden Kriege im Irak und in Afghanistan noch hinzu, wo die USA derzeit 142.000 bzw. 31.700 Soldaten stationiert haben, dann dürfte der Haushaltsansatz in diesem Bereich die Summe von 650 Mrd. USD deutlich übersteigen.

Im gerade zu Ende gegangenen Haushaltsjahr 2008 hatte der Congress dem Pentagon Mittel in Höhe von insgesamt 607 Mrd. USD zugewiesen. Das ist faktisch eine Verdopplung des Haushaltsansatzes in diesem Bereich im Vergleich zum Jahr 2001, als die Bewilligungssumme für das Pentagon bei 304 Mrd. USD gelegen hatte.

Im Einzelnen sieht die *Defense Appropriation* des Congress für das Haushaltjahr 2009 vor:

- für Operationen und Unterhaltung der Streitkräfte Ausgaben in Höhe von 153 Mrd. USD;
- für Soldzahlungen Mittel in Höhe von 114,44 Mrd. USD;
- für die Beschaffung neuer Waffensysteme die Summe von 101 Mrd. USD;
- für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung neuer Waffensysteme Ausgaben in Höhe 80,52 Mrd. USD;
- für Gesundheitsprogramme im Rahmen des *Defense Health Program* Mittel von insgesamt 25,82 Mrd. USD.

Das Verteidigungsministerium plant bis zum Jahr 2013 die Zahl der aktiv Dienenden bei der *Army* um 65.000 und bei den *Marines* um 27.000 Soldaten zu erhöhen. Dadurch dürfte ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf von 14 Mrd. USD entstehen.

Im Rahmen der Bewilligungsentscheidung stellte der Congress im Bereich *Procurement* 14,1 Mrd. USD für den Bau neuer Kriegsschiffe und 2,9 Mrd. für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge des Typs F-22 zur Verfügung. Für das umstrittene Programm mit dem Namen *Army Future Combat Systems* wurden 3,6 Mrd. USD bewilligt. 6,3 Mrd. USD wurden für die ebenso kontroverse Beschaffung von Flugzeugen des Typs F-35 zur Verfügung gestellt. Die *Missile Defense Agency* erhielt für ihre Programme die Summe von 8,7 Mrd. USD.

Im Rahmen seiner Haushaltsbewilligung für *Military Construction/Veterans Affairs* bewilligte der 110. Congress Mittel in Höhe von 119 Mrd. USD, wovon der größte Teil den Bereiche *Veterans' Benefits* (46,9 Mrd. USD) und *Veterans' Health Care* (41 Mrd. USD) zufließt.

Im ebenfalls sicherheitsrelevanten Feld der sogenannten *Homeland Security* beschloss

der Congress eine Mittelzuweisung für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 41,22 Mrd. USD. Diese Einzelbewilligung umfasst neben den Bereichen *Customs and Border Protection* (11,2 Mrd.) und *Immigration and Customs Enforcement* (5,2 Mrd.) auch die Felder *Coast Guard* (9,3 Mrd.), *Secret Service* (1,4 Mrd.), *Transportation Security Administration* (6,9 Mrd.) und *Federal Emergency Management Agency* (6,9 Mrd. USD).

Insgesamt wurden für *Defense, Homeland Security, Military Construction/Veterans Affairs* etwa 635 Mrd. USD bewilligt, was etwa 60 Prozent der verfügbaren Haushaltsmittel im Bereich des sogenannten *discretionary spending* für das Haushaltsjahr 2009 ausmacht. Darunter versteht man jene Haushaltszuweisungen, über die der Congress im Gegensatz zu den *entitlements* für *Social Security, Medicare, Medicaid* und Schuldentilgung noch relativ frei entscheiden kann. Faktisch bedeutet dies, dass die Handlungsspielräume für den nächsten Präsidenten und Kongress haushaltspolitisch in Feldern wie Erziehung und Bildung stark eingeschränkt sind, insbesondere wenn es nicht zu einer Kurskorrektur bei den Rüstungsausgaben kommt, die durch die laufenden Kosten der Militäreinsätze im Irak und Afghanistan im nächsten Haushaltsjahr weiter ausufern dürften.

6. Nuklearkooperation mit Indien beschlossen

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben am 27./30. September 2008 mit jeweils deutlich mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit der von der Bush-Administration betriebenen Nuklearkooperation mit Indien (vgl. CR 3/2006, S. 5) zugestimmt. Das Repräsentantenhaus sprach sich mit 298 zu 117, der Senat mit 86 zu 13 Stimmen für das *United States-India Agreement for Cooperation on Peaceful Uses of Nuclear Energy* aus. Präsident Bush hat der Vorlage am 8. Oktober 2008 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen (*Public Law* 110-369).

Das Abkommen verpflichtet Indien, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat,

- zu Kontrollen seiner zivilen kerntechnischen Anlagen im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEO) und
- zu einem Moratorium seiner Nuklearwaffentests.

Allerdings entscheidet Indien alleine darüber, welche seiner kerntechnischen Anlagen als „zivil genutzt“ klassifiziert werden. Gegenwärtig betreibt das Land 22 Nuklearreaktoren, von denen dem Vernehmen nach 14 unter ein Überwachungsregime der IAEO gestellt werden sollen.

Im Gegenzug enthält Indien Zugang zu amerikanischen Nukleartechnologie, sowohl im Bereich der Urananreicherung als auch bei der Produktion von Plutonium.

Die Befürworter des Abkommens verweisen auf die normbildenden Effekte, die mit der Kooperationsvereinbarung mit Blick auf *voluntary safeguards* und *nuclear export standards* verbunden seien.

Kritiker wenden dagegen ein, dass Indien im Rahmen des Abkommens nicht auf die Begrenzung seiner Produktion von atomaren Waffen verpflichtet wird und die vereinbarten *safeguards* nicht umfassend sind. Damit verbunden ist die begründete Sorge einer weiteren Schwächung des Atomwaffensperrvertrages (NVV) aus dem Jahr 1968, dem Indien nicht beigetreten ist.

Indien, das 1974 seinen ersten erfolgreichen Atomwaffentest durchführte, hatte in den 1950er Jahren im Rahmen des *Atoms for Peace*-Programmes zunächst Unterstützung zur Entwicklung eines zivilen Programms der Nutzung der Kernenergie erhalten. Nach dem ersten Atomwaffentest hatten die Vereinigten Staaten jedoch jede nukleare Kooperation mit Indien verweigert und hatten erst während der Präsidentschaft George W. Bushs eine „strategische Partnerschaft“ bezeichnet.

Während im Senat der Republikaner Richard Lugar (Indiana) das Kooperationsabkommen als Meilenstein auf dem Weg zu „neuen diplomatischen Optionen“ und zur „Verbesserung der weltweiten Stabilität“ lobte, äußerte sich der Demokrat Byron Dorgan (North Dakota) im Repräsentantenhaus kritisch. Er befürchtet, dass die „grundlegende Architektur der nuklearen *Non-Proliferation*“, die auch den USA für viele Jahrzehnte gute Dienste geleistet hat, auseinanderfällt.

7. Repräsentantenhaus für Lockerung des Waffengesetzes im *District of Columbia*

Das Repräsentantenhaus hat sich Mitte September 2008 mit 266 zu 152 Stimmen für eine Lockerung des Waffengesetzes im *District of Columbia* ausgesprochen. Für die Entscheidung stimmten 181 Republikaner und 85 Demokraten. Dagegen sprachen sich 145 Demokraten und sieben Republikaner aus.

Der Entscheidung ging eine Initiative von Eleanor Holmes Norton (D-District of Columbia) voraus, die zunächst nur eine Überarbeitung des bestehenden Waffengesetzes „im Rahmen des Urteils des Obersten Gerichtshofs“ vom 26. Juni 2008 (*District of Columbia versus Heller*) anstoßen wollte. Allerdings kam es darüber zu keiner Abstimmung, weil die *National Rifle Association* gegen diese Formulierung Sturm lief.

Stattdessen wurde eine Ersatzvorlage des Demokraten Trawis W. Childers (Mississippi) zur Abstimmung gestellt, die die Zustimmung von 178 Republikanern und 82 Demokraten erhielt. Das sogenannte Childers-*Amendment* wurde dann von *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) zur Abstimmung im Hausplenum zugelassen, nachdem klar war, dass es eine deutliche zwischenparteiliche Mehrheit für die Lockerung des Waffengesetzes gab. Childers befindet sich in einem harten Kopf-an-Kopf-Wahlkampf für

die Congresswahlen am 4. November.

Die Entscheidung sieht vor

- das Verbot des Verkaufs semiautomatischer Waffen im *District of Columbia* aufzuheben,
- den Verzicht auf Registrierungsauflagen im Falle des Waffenerwerbs sowie
- die Einstellung von Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Besitz nicht registrierter Waffen.

Das Weißes Haus begrüßte die Entscheidung. Im Senat kündigte Dianne Feinstein (D-California) allerdings an, dass sie eine Abstimmung über die Lockerung des Waffengesetzes im *District of Columbia* im Wege eines *Filibuster* zu blockieren gedenkt. Im gleichen Zusammenhang verlangten 46 Mitglieder des Senats um Kay Bailey Hutchison (R-Texas) eine Abstimmung über die Vorlage des Repräsentantenhauses im Senat. Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es einer Dreifünftelmehrheit in der Kammer, um eine Blockade mittels *Filibuster* durch *Cloture* zu brechen.

8. Wahlen 2008: Entscheidung unter den Vorzeichen der Finanzmarktkrise

Die Präsidenten- und Congresswahlen Anfang November 2008 stehen sichtlich unter den Vorzeichen der dramatischen Zuspitzung der Finanzmarktkrise und der hieraus resultierenden Wirtschafts- und Konjunkturprobleme (siehe Punkt 1).

Nicht nur die Kampagnen der beiden Präsidentschaftskandidaten und Parteien reflektieren die mehr als schwierige gesamtwirtschaftliche Situation, die andere Themen - selbst den hochkontroversen Irak-Krieg - weitgehend in den Hintergrund gedrängt hat. Auch die Entwicklungen der Stimmungen und Einschätzungen unter den US-Wählern zeigen deutliche Spuren des im Oktober 2008 manifest zu Tage tretenden Wirtschaftseinbruchs.

Im Präsidentschaftswahlkampf zeichnete sich nach dem Abschluss der Parteitage der Demokraten und Republikaner in den letzten September-Wochen ein knappes Rennen zwischen den Senatoren Barack Obama (D-Illinois) und John McCain (R-Arizona) ab, dessen Ausgang ungeachtet des in den meisten Meinungsumfragen ausgewiesenen leichten Vorsprungs Obamas offen schien.

Während die Wählereinschätzungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Blick auf die wenig populäre Bush-Administration und ihre Leistungsbilanz den Demokraten Obama begünstigten, konnte McCain mit seiner eindrucksvollen Biographie und seiner Erfahrung in der Außen- und Sicherheitspolitik punkten.

Die Finanzmarktkrise und die in der Folge drastisch verschlechterten Wirtschaftsaussichten haben die Dynamik des Wahlkampfes im Oktober jedoch schlagartig und grundlegend verändert.

Während McCains Kampagne zwischen Versuchen der Wählerberuhigung und der Formulierung einer republikanischen Antwort auf die Krise augenscheinlich ins Schleudern geriet, gewann Obamas Kritik an der gängigen republikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso an Glaubwürdigkeit wie sein Ruf nach einem grundsätzlichen Kurswandel.

In den nationalen Meinungsumfragen erweiterte Obama seinen Vorsprung auf Werte bis zu mehr als zwölf Prozentpunkte. Aber auch in den Einzelstaaten, in denen nach dem US-Wahlrecht über die Präsidentschaftswahl entschieden wird, konnte der demokratische Kandidat seine Position nachhaltig stärken.

In den sogenannten *Battleground States* wie Michigan, Ohio, Colorado, New Mexico und Pennsylvania, deren (wechselndes) Votum in den Präsidentschaftswahlen der zurückliegenden Jahrzehnte in der Regel den Ausschlag gab, kann Obama auf für ihn sehr positive Umfrageergebnisse verweisen.

Selbst eine Reihe traditionell republikanischer Staaten wie Virginia, Indiana oder Florida neigen nach den verfügbaren Informationen eindeutig zur demokratischen Seite, sodass bereits Spekulationen über einen erdrutschartigen Sieg (*Landslide*) Obamas laut werden.

Wenngleich Obama damit als klarer Favorit auf die Zielgerade geht, bleiben große Fragezeichen, ob sich das Stimmungsbild am Wahltag in eine Mehrheit übersetzen lässt.

Vor allem ist bisher nicht einzuschätzen, welche Bevölkerungsgruppen am Wahltag stärker mobilisiert werden können. Herkömmlich sind republikanische Wählergruppen unter den tatsächlichen Wählern überrepräsentiert. Demgegenüber deuten Umfragen sowie die in vielen Staaten mögliche vorzeitige Stimmabgabe auf eine hohe Wahlbeteiligung in diesem Jahr hin, die den Demokraten zugute kommen könnte.

Darüber hinaus ist, ganz abgesehen von den üblichen Vorbehalten gegenüber der Zuverlässigkeit von Meinungsumfragen und ihrer Aussagekraft als Indikatoren für die Wahl, nicht klar, ob latente rassistische Vorbehalte gegenüber dem schwarzen Kandidaten Barack Obama das Stimmungsbild verzerren, weil weiße Wähler möglicherweise solche Ressentiments in Umfragen zu kaschieren suchen („Bradley Effekt“).

Die Erfahrungen von schwarzen Gouverneurskandidaten in Kalifornien und Virginia in den 1980er Jahren, Tom Bradley und Douglas Wilder, die in Meinungsumfragen deutlich führten, jedoch die Wahlen selbst verloren oder nur denkbar knapp gewannen, gelten in dieser Hinsicht als paradigmatisch.

Die Unsicherheit über den Einfluss dieser and anderer Faktoren hat bisher dazu geführt, dass die Kommentatoren mit ihren Einschätzungen über den Wahlausgang mehr als zurückhaltend geblieben sind.

Sitzverteilung im 110. Congress (Stand Oktober 2008)		
	Repräsentantenhaus	Senat
Demokraten	235	49
Republikaner	199	49
Unabhängige	-	2*
Vakant	1	-

* Die parteiunabhängigen Senatoren Joe Lieberman (Connecticut) und Bernie Sanders (Vermont) gehören geschäftsordnungstechnisch der demokratischen Fraktion an und sichern damit deren Mehrheit.

Kaum in Frage gestellt wird dagegen die Erwartung, dass die demokratischen Fraktionen in den anstehenden Repräsentantenhaus- und Senatswahlen ihre Mehrheiten behaupten können. Offen ist vielmehr, in welchem Ausmaß sie die bestehenden Sitzvorsprünge ausbauen können.

Das für die Demokraten aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Probleme wie der geringen Popularität Präsident George W. Bushs günstige Meinungsklima scheint sich auf der Congress-Ebene eindeutiger in Zugewinne zu übersetzen als in den Präsidentschaftswahlen.

In nationalen Meinungsumfragen, die nach den Parteipräferenzen der Wähler in den Congress-Wahlen ohne Rücksicht auf die jeweiligen Kandidaten in den Distrikten und Einzelstaaten fragen („generic ballot“) führten die Demokraten im Oktober mit einem deutlichen Vorsprung von ca. 10 Prozent.

Nach den Erwartungen von *Congressional Quarterly* (Stand Oktober 2008) gelten in den Repräsentantenhauswahlen 202 der 235 von den Demokraten gehaltenen Sitze als sicher, aber nur 128 der 199 von den Republikanern gehaltenen Sitze.

Mit Rücksicht auf den auch in den einzelnen Congress-Wahlkreisen sichtbaren Stimmungstrends wird geschätzt, dass die Demokraten mindestens 20 Sitze hinzugewinnen und damit eine stabile Mehrheit erreichen können.

Im Senat stehen aufgrund der phasenverschobenen Besetzung nur jeweils ein Drittel der Mitglieder zur Wahl (sowie Nachwahlen im Fall von Zwischenernennungen). 2008 sind es nur 13 Demokraten, aber 23 Republikaner.

Während nur ein von den Demokraten gehaltener Senatsitz in Louisiana eine mögliche Zugewinnchance für die Republikaner bietet, gelten die demokratischen Kandidaten in den zuletzt von Republikanern vertretenen Staaten Virginia, Alaska, Colorado, New Hampshire und New Mexico als Favoriten, sieben weitere Staaten (Georgia, Kentucky, Maine Minnesota, Mississippi, North Carolina und Oregon) bieten zumindest die Aussicht auf weitere Zugewinne.

Ungeachtet des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen ist damit davon auszugehen, dass die Demokraten im 111. Congress weitaus stärkere Akzente setzen wollen und werden, als sie dies mit den vergleichsweise knappen Mehrheiten ab 2007 tun konnten.